

Ausbildungsoffensive der Bundesregierung

„Ausbilden jetzt – Erfolg braucht alle“

- I. Die Berufsausbildung im dualen System ist für die große Mehrheit der Jugend die Grundlage für dauerhafte Beschäftigungsfähigkeit und sichert der Wirtschaft modern ausgebildeten Fachkräftenachwuchs. Alle Jugendlichen qualifiziert auszubilden, ist angesichts der mittelfristigen demografischen Entwicklung auch notwendig, um einen gravierenden Fachkräftemangel zu verhindern. Im Jahr 2003 ist mit über 600.000 Nachfragern und Nachfragerinnen nach dualer Berufsausbildung zu rechnen. Die angespannte Situation beim Angebot entsprechender Ausbildungsplätze erfordert zusätzliche Maßnahmen. Bundesregierung, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften bekräftigen ihr gemeinsames Ziel, allen Jugendlichen, die dies anstreben, eine duale Ausbildung zu ermöglichen.
- II. Die Bundesregierung startet hierzu gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften eine bundesweite Ausbildungsoffensive. Unter dem Motto „Ausbilden jetzt – Erfolg braucht alle“ werden – neben fortlaufenden Programmen - neue Maßnahmen der Beteiligten gestartet, bei denen die Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze und zusätzlicher Ausbildungsbetriebe im Vordergrund stehen.
- III. Schwerpunkte der Ausbildungsoffensive sind:
 - eine bundesweite Ausbildungskampagne und darüber hinaus gezielte Branchenkampagnen
 - die Neuorientierung bestehender und die Schaffung neuer Ausbildungsprogramme zur Strukturverbesserung der Ausbildung
 - Maßnahmen zur Erleichterung der Ausbildung für Betriebe.
- IV. Die Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften werden zusätzliche Initiativen starten. Dabei werden gemeinsam mit der Bundesregierung u.a. folgende Zielsetzungen und Maßnahmen verfolgt
 - Die Wirtschaftsverbände, aber auch die Bundesregierung und Gewerkschaften werden alle Anstrengungen unternehmen, um allen Jugendlichen, die ausgebildet werden wollen und können, ein Ausbildungsangebot machen zu können

- Gemeinsamer Appell an die Tarifvertragsparteien, in Tarifverträgen vermehrt ausbildungsfördernde Vereinbarungen zu treffen
- Deutliche Steigerung des Anteils ausbildender Betriebe in Deutschland innerhalb der nächsten Jahre
- Zügiger Abschluss von begonnenen Neuordnungsverfahren von Ausbildungsberufen; rasche Prüfung und Entscheidung vorliegender Vorschläge für neue und zu modernisierende Ausbildungsberufe

V. Die Ausbildungsinitiative startet am 29. April 2003 mit einer Gemeinsamen Erklärung der Bundesregierung, der Wirtschaftsverbände und der Gewerkschaften zur Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebots. Die Bundesanstalt für Arbeit und die deutschen Industrie- und Handelskammern beginnen bundesweite Ausbildungskampagnen. Bundesministerin Bulmahn, Bundesminister Clement und Vorstandsvorsitzender Gerster wenden sich zum Auftakt in einem Offenen Brief an die regionalen Berufsbildungsverantwortlichen, um Ausbildungskonsens und Ausbildungskonferenzen vor Ort zu initiieren.

Ab Mai 2003 sind Branchenkampagnen in Branchen mit besonderem Ausbildungspotenzial, Schreiben von Bundesministerin Bulmahn, Bundesminister Clement und dem Vorstandsvorsitzenden Gerster an 100.000 ausgewählte Unternehmen zur Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze, eine Nationale Ausbildungskonferenz mit bundesweit relevanten Berufsbildungsverantwortlichen, Journalistenworkshops und Werben nach Unterstützung bei den Medien mit Medienservicepaketen zum Thema Ausbildung geplant. Zum Tag der Ausbildung am 24. Juni 2003 werden viele regionale Veranstaltungen und Aktionen stattfinden.

Ministerin Bulmahn und Minister Clement werden ab Mai im Rahmen von „Ausbildungstouren“ Problemregionen in West- und Ostdeutschland mit dem Ziel der Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze und der Schaffung regionaler Ausbildungsvereinbarungen besuchen.

VI. Konkrete Umsetzungsmaßnahmen der Bundesregierung:

- „Runder Tisch Ausbildungsinitiative“ von Bund, Ländern, Sozialpartnern und wichtigen Berufsbildungsinstitutionen zur Abstimmung von Programmen, Initiativen und gemeinsamen Aktivitäten
- Aussetzung der Ausbildereignungsverordnung ab Sommer 2003 für fünf Jahre, um Existenzgründern und bislang nicht ausbildenden Betrieben den Einstieg in die Ausbildung zu erleichtern
- Festschreibung der Geringverdienergrenze auf 325 € für Ausbildungsverhältnisse, um zusätzliche Ausbildungskosten der Betriebe zu vermeiden
- Erweiterung des Programms Kapital für Arbeit auf Auszubildende (zinsgünstiger Investitionskredit für Unternehmen von 100.000 Euro je neuem Ausbildungsplatz)
- System von Qualifizierungsbausteinen ab 2003 zur Ausbildungsvorbereitung von Jugendlichen mit schlechteren Startchancen (Bescheinigung und Anrechenbarkeit auf spätere betriebliche Ausbildung/Nutzung für Nachqualifizierung)
- Straffung von Ordnungsverfahren und Gremienstrukturen zur Modernisierung dualer Ausbildungsberufe

- Stärkere Berücksichtigung von Jugendlichen mit schlechteren Startchancen und der Möglichkeit der Schaffung weniger komplexer, auch zweijähriger und gestufter Ausbildungen bei Neuordnungsverfahren
- Zusätzliches Beschäftigungs- oder Qualifizierungsangebot für 100.000 sozialhilfeberechtigte Jugendliche unter 25 Jahren
- Neues Programm STAR zur Verbesserung regionaler Ausbildungsstrukturen (regionales Ausbildungscoaching, branchenbezogene Ausbildungsnetzwerke und – verbünde, externes Berufsbildungsmanagement)
- Betriebsnähere Ausgestaltung des Bund-Länder-Programms Ausbildung Ost mit 14.000 (statt 12.000) Plätzen
- Flexibilisierung und Intensivierung des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit JUMP (betriebsnahe Berufsvorbereitung, Betriebspraktika für Ungelernte)
- Förderung berufsvorbereitender Maßnahmen (SGB III) für nicht ausbildungsgeeignete oder Jugendliche ohne Ausbildungsstelle mindestens auf Vorjahresniveau
- Modernisierung und Flexibilisierung der dualen Ausbildung (u.a. breiterer Einsatz von Wahlbausteinen, breite Einführung zweistufig gestreckter Abschlussprüfungen)
- Berufsbildungsreform und Berufsbildungsrechtsreform in dieser Legislaturperiode

VII. Konkrete Umsetzungsmaßnahmen der Wirtschaftsverbände in der Praxis:

- Gezielte Ansprache von Unternehmen, die noch nicht ausbilden
- Beratung von Unternehmen bei der Bewerberauswahl, der Erarbeitung von Ausbildungsplänen und beim Abschluss von Ausbildungsverträgen
- Werbung für die Ausbildung in Gremien und bei Entscheidungsträgern der Wirtschaft
- Durchführung öffentlichkeitswirksamer Kampagnen
- Verstärkter Einsatz von Lehrstellenentwicklern und – werbern
- Organisation von Ausbildungsverbänden und – ringen, z.B. durch Vermittlung von Verbundpartnern
- gezielte Hinweise auf Ausbildungsplätze in Berufen, Branchen und Regionen, für die noch Bewerber gesucht werden
- Bekanntmachung und Werbung für neue und modernisierte Berufe
- Steigerung des Angebots an Ausbildungsstellen innerhalb der Industrie- und Handelskammern selbst

VIII. Konkrete Umsetzungsmaßnahmen des DGB und der Gewerkschaften in der Praxis:

- Fortsetzung der Initiative, alle Betriebs- und Personalräte sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen zu zusätzlichen betrieblichen Ausbildungsbemühungen zu motivieren
- Kommunikationskampagne des DGB mit Schwerpunkt Bildung im Juni 2003 und 2003/2004 zur Novellierung des Berufsbildungsgesetzes
- Beteiligung an Aktivitäten zur Gewinnung von Ausbildungsplätzen (Runde Tische zur Ausbildung, Ausbildungskonferenzen, Ausbildungsplatzwerbung der Bundesanstalt für Arbeit)

- Einsatz für eine Modernisierung der Ausbildungsberufe und des Berufsbildungsrechts zur weiteren qualitativ hochwertigen und zukunftsfähigen Systemgestaltung
- weitere Unterstützung insbesondere ehrenamtlicher Akteure in Berufsbildungsausschüssen oder Prüfungsausschüssen
- Verstärkte Werbung für Formen von Verbundausbildung
- Entwicklung von und Werbung für Ausbildungsalternativen für Jugendliche mit schlechteren Startchancen
- Prüfung bis Ende Mai, wie zusätzliche Ausbildungskapazitäten geschaffen werden können (regionale Ausbildungsvermittler)
- Entwicklung neuer und weiterführender Formen der Berufsorientierung und Berufs- bzw. Arbeitsweltvorbereitung an allgemeinbildenden Schulen